

Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal 01.August 2022

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in
- Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Gesetzgebung: Neufassung der Roaming-Verordnung zum 01.07.2022 1
2. Namensrecht: VG Göttingen bejaht Anspruch auf Namensänderung wegen Namensidentität mit bekanntem Sprachassistenten 1
3. Straßenverkehrsrecht: OLG Frankfurt/M. nimmt hälftige Haftung bei Unfall auf Baumarktparkplatz an 2
4. Arbeitsrecht: Teilnahme an betrieblichem Sommerfest darf nach LAG Berlin-Brandenburg an 2G-Plus und negativen Test geknüpft werden 2
5. Sozialrecht: Geringe Körpergröße ist nach LSG Niedersachsen-Bremen keine Krankheit 2
6. Verwaltungsrecht: Nach BVerwG müssen sich Soldaten gegen Covid-19 impfen lassen 3
7. Arbeitsrecht: BAG verneint Erschwerniszuschlag für Reinigungskraft wegen Tragens einer OP-Maske 3
8. Verfassungsrecht: Verfassungsbeschwerde gegen Verurteilung wegen Geschwindigkeitsverstoß vor VGH Koblenz erfolglos 3

Gesetzgebung: Neufassung der Roaming-Verordnung zum 01.07.2022

Aufgrund der Neufassung der Roaming-Verordnung können Verbraucherinnen und Verbraucher seit dem 01.07.2022 nicht nur wie bisher ohne zusätzliche Gebühren im EU-Ausland telefonieren, SMS verschicken und das Internet nutzen, sondern werden dies auch in der gleichen Qualität tun können wie sie es zu Hause gewohnt sind. ...

Quelle: *Bundesnetzagentur*

[mehr](#)

[nach oben](#)

Namensrecht: VG Göttingen bejaht Anspruch auf Namensänderung wegen Namensidentität mit bekanntem Sprachassistenten

Mit Urteil vom 21.06.2022 (Az.: 4 A 79/21) hat das Verwaltungsgericht Göttingen entschieden, dass eine Klägerin, deren Vorname mit dem Namen eines

bekannten Sprachassistenten identisch ist, aufgrund der damit verbundenen seelischen Belastung einen Anspruch auf Änderung ihres Vornamens hat. ...

Quelle: Verwaltungsgericht Göttingen

[mehr](#)

[nach oben](#)

Straßenverkehrsrecht: OLG Frankfurt/M. nimmt hälftige Haftung bei Unfall auf Baumarktparkplatz an

Auf Fahrgassen eines Parkplatzes, die vorrangig der Parkplatzsuche dienen und nicht dem fließenden Verkehr, gilt nicht die Vorfahrtsregel „rechts vor links“. Die Fahrer sind vielmehr verpflichtet, defensiv zu fahren und die Verständigung mit dem anderen Fahrer zu suchen. Dies hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main mit Urteil vom 22.06.2022 (Az.: 17 U 21/22) entschieden und eine hälftige Haftungsquote für die Unfallfolgen auf einem Parkplatz eines Baumarktes ausgesprochen. ...

Quelle: Oberlandesgericht Frankfurt am Main

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: Teilnahme an betrieblichem Sommerfest darf nach LAG Berlin-Brandenburg an 2G-Plus und negativen Test geknüpft werden

Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg hat mit Beschluss vom 01.07.2022 (Az.: 6 TA 673/22) entschieden, dass eine Klinik die Teilnahme an ihrem Sommerfest von der 2G-Plus-Regelung und der Vorlage eines negativen Tests abhängig machen darf. Ein Anspruch auf Teilnahme an dem Sommerfest ohne Einhaltung dieser Vorgaben ergebe sich weder aus dem Landesantidiskriminierungsgesetz noch aus dem AGG oder dem arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz. ...

Quelle: Arbeitsgericht Berlin

[mehr](#)

[nach oben](#)

Sozialrecht: Geringe Körpergröße ist nach LSG Niedersachsen-Bremen keine Krankheit

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hat mit Urteil vom 05.07.2022 (Az.: L 16 KR 183/21) entschieden, dass eine geringe Körpergröße keine Krankheit im Rechtssinne ist. Geklagt hatte eine junge Frau, die nach Abschluss des Wachstums nur eine Körpergröße von knapp 1,50 m erreicht hatte. Bei ihrer

Krankenkasse beantragte sie die Kostenübernahme für eine operative Beinverlängerung. ...

Quelle: Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verwaltungsrecht: Nach BVerwG müssen sich Soldaten gegen Covid-19 impfen lassen

Mit Beschlüssen vom 07.07.2022 (Az.: 1 WB 2.22, 1 WB 5.22) hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass die Allgemeine Regelung des Bundesverteidigungsministeriums, wonach sich alle aktiven Soldatinnen und Soldaten gegen Covid-19 impfen lassen müssen, rechtmäßig ist. Zur Begründung wurde u.a. darauf verwiesen, dass Soldatinnen und Soldaten verpflichtet seien, die eigene Einsatzfähigkeit aufrechtzuerhalten. ...

Quelle: Bundesverwaltungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: BAG verneint Erschwerniszuschlag für Reinigungskraft wegen Tragens einer OP-Maske

Das Bundesarbeitsgericht hat mit Urteil vom 20.07.2022 (Az.: 10 AZR 41/22) entschieden, dass das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sog. OP-Maske) auf Anweisung des Arbeitgebers im Zusammenhang mit Corona-Schutzmaßnahmen nicht die Voraussetzungen für den Erschwerniszuschlag nach dem Rahmentarifvertrag für die gewerblich Beschäftigten in der Gebäudereinigung erfüllt. ...

Quelle: Bundesarbeitsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verfassungsrecht: Verfassungsbeschwerde gegen Verurteilung wegen Geschwindigkeitsverstoß vor VGH Koblenz erfolglos

Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz in Koblenz hat mit Beschluss vom 22.07.2022 (Az.: B 30/21) eine Verfassungsbeschwerde zurückgewiesen, der eine Verurteilung wegen eines Geschwindigkeitsverstoßes zugrunde lag, und entschieden, dass die Verwertung eines Geschwindigkeitsmessergebnisses

ohne Speicherung von Rohmessdaten nicht gegen das Grundrecht auf ein faires Verfahren verstößt. ...

Quelle: Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz

[mehr](#)

[nach oben](#)
